

# SVPdirekt

FREIHEITLICHE UND KONSERVATIVE ZEITSCHRIFT FÜR DIE REGION WINTERTHUR | NOVEMBER-AUSGABE 4/2021 | 29. JAHRGANG

AZB  
8404 Winterthur

## Das Covid-Gesetz ist unnötig und schadet



covidgesetz-nein.ch

# Menschen diskriminieren?

## Gefährliche Covid-Verschärfung **NEIN**

Retouren an  
Printimo AG, Postfach

**DI**POST



Daniel Oswald  
Gemeinderat SVP  
Winterthur

Am 28. November stimmen wir erneut über das Covid-Gesetz ab, dasselbe ist es aber nicht. So beinhaltet die erweiterte Version die gesetzliche Grundlage für das Covid-Zertifikat. In einer Medienmitteilung des Bundesrates vom 27.9.21<sup>1</sup> wird das Zertifikat unter anderem mit dem geringeren Ansteckungsrisiko begründet. Dies wurde wissenschaftlich aber nicht abschliessend bewiesen. Diverse Leitmedien titelten – in der Absicht, Gegner zu entkräften,

– dass empirisch nicht belegt werden kann, dass Geimpfte genauso infektiös seien wie Ungeimpfte. Nur: Wenn die Datenlage nicht ausreicht, um zu beweisen, dass Geimpfte nicht so ansteckend sind wie Ungeimpfte, dann lässt sich auch nicht bestätigen, dass Geimpfte weniger ansteckend sind. Dieses Argument für das Zertifikat ist daher lediglich eine unfundierte Behauptung. Laut Bund ist das Zertifikat bei Aktivitäten Pflicht, die ohne zu gefährlich seien. Im Januar berichtete Nau<sup>2</sup> allerdings, dass das BAG die Ansteckungsorte gar nicht mehr erfasse. Sprecher

Daniel Dauwalder bestätigte dem Newsportal: «Wir erfassen sie nicht mehr systematisch.» Die Daten seien daher zu wenig aussagekräftig und werden nicht mehr veröffentlicht. Und das obwohl in der Schweiz das Öffentlichkeitsprinzip gilt. Der Kanton Schaffhausen führt aber weiterhin eine entsprechende Statistik<sup>3</sup>. Darin fallen zwei Dinge auf. Erstens: Der Ort, an dem die meisten Fälle nachgewiesen werden, ist der Familienkreis. Die Leute stecken sich also vor allem im privaten Umfeld an. Der Bundesrat sagt aber, kulturelle Veranstaltungen und Restaurantbesuche seien

### IN DIESER AUSGABE

<i>Eidgenössische Abstimmung</i>	1
<i>Kommentare</i>	4
<i>Bunte Seite</i>	5
<i>Wahlen 2022 - Spezial Romana Heuberger</i>	6
<i>Eidgenössische Abstimmung</i>	7-8
<i>Städtische Abstimmung</i>	10
<i>Portrait</i>	11
<i>Letzte Seite</i>	12

**Wenn die Finanzhilfen also sowieso gewährleistet sind und die Begründung für das Zertifikat nicht stichhaltig ist; was genau soll dann das Gesetz?**

gefährlich. Zweitens: In fast allen Kalenderwochen seit Beginn der Statistik im Juli 2020 ist bei mehr als der Hälfte der Fälle der Ansteckungsort nicht bekannt. Welche Aktivitäten also gefährlich sind und welche nicht, lässt sich in dieser Statistik nur sehr eingeschränkt ablesen. Fragt sich, nach welcher Statistik sich der Bundesrat richtet. Nachvollziehbar ist die Notwendigkeit für ein Zertifikat so jedoch nicht.

Altersklassen	Todesfälle mit positivem COVID Test	Positive Fälle	Sterblichkeitsrate in Prozent
Ab 80	7'380	46'179	15,981
70-79	2'124	42'553	4,991
60-69	708	69'757	1,015
50-59	216	127'531	0,169
40-49	43	131'768	0,033
30-39	13	144'006	0,009
20-29	3	150'008	0,002
10-19	1	97'938	0,001
0-9	2	26'974	0,007

Quelle: www.nebelspalter.ch, 03.11.2021, Todesfälle nach Altersklasse im Verhältnis zu den positiven Fällen

Gemäss der Medienmitteilung sind die Finanzhilfen in der neuen Version ausgeweitet worden. Wie schon im Frühling ist es jedoch ein Trugschluss zu denken, dass dieses Gesetz für die Auszahlung dieser Finanzhilfen nötig ist. Denn aus Rechtsgründen muss jeder, der Schaden verursacht, diesen auch ersetzen. – auch die Regierung. So nachzulesen im sogenannten Verantwortlichkeitsgesetz für den Bund und in kantonalen Haftungsgesetzen für die Kantone. Auch ein Artikel im Epidemien-gesetz widmet sich der finanziellen Entschädigung durch den Bund.

Wenn die Finanzhilfen also sowieso gewährleistet sind und die Begründung für das Zertifikat nicht stichhaltig ist; was genau soll dann das Gesetz? Ich weiss es ich nicht; was es tut allerdings schon: Das Gesetz, insbesondere das Zertifikat, spaltet die Gesellschaft. Es diskriminiert, schränkt Grundrechte ein und erweitert die Macht des Bundesrates, der eigentlich für und vom Volk angestellt ist. Ein Nein am 28.November sollte dem Gremium in Erinnerung rufen, wem es eigentlich verpflichtet ist.

PS: Die Geltungsdauer einiger Gesetzesartikel wurde bis zum 31.12.2031 verlängert. Sind Sie – werter Leser – dann noch gültig? Oder laufen Sie bereits vor den Sportferien ab?

**Quellen:**

- <sup>1</sup> <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-85264.html>
- <sup>2</sup> <https://www.nau.ch/politik/bundeshaus/coronavirus-bag-erfasst-ansteckungsorte-nicht-mehr-65850656>
- <sup>3</sup> <https://covid-dash-board.sh.ch/ansteckungsorte/>

**IMPRESSUM**

Freiheitliche und konservative Zeitschrift für alle SVP Mitglieder von Stadt und Bezirk Winterthur und für weitere Abonnenten.

*Herausgeber*  
SVP Stadt und Bezirk Winterthur

*Erscheint*  
Viermal jährlich

*Auflage*  
1'600 Expl.

*Redaktionsleitung*  
Robert Winkler  
direkt@svp-winterthur.ch  
Tel. 079 896 46 06

*Redaktion*  
Hans Brunner,  
Maria Wegelin,  
Felix Lisibach,  
Therese Schläpfer,  
Werner Schneider,  
Simon Rüttimann

*Druck*  
Printimo AG  
Frauenfelderstrasse 21a  
8404 Winterthur

*Postadresse*  
SVP Winterthur  
8400 Winterthur

ZKB, 8400 Winterthur  
SVPdirekt  
IBAN:  
CH66 0070 0114 8049 9142 3

*Inseratannahme*  
Werner Schneider  
Tel. 079 696 47 31  
w.o.schneider@glattnet.ch

Berücksichtigen Sie unsere Inserenten, denn sie ermöglichen Druck und Versand des SVPdirekt. Danke.

Inserat

**Kalk!**  
Kein Problem,  
mit dem richtigen  
System!

**ZIER AG**  
Wasseraufbereitung und Schwimmbadtechnik  
Bahnhofstrasse 17 | 8422 Pfungen | Tel. 052 304 00 00  
[www.zier.ch](http://www.zier.ch) | [mail@zier.ch](mailto:mail@zier.ch)

## Glück, Freiheit und Mut



Perikles (griechischer Staatsmann Athens im 5. Jahrhundert v. Chr.) sagte einst: «Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit, und das Geheimnis der Freiheit ist der Mut.» Freiheit bedeutet, dass man ohne Zwang zwischen unterschiedlichen Möglichkeiten auswählen und entscheiden kann. So wie bei einer Abstimmung. Bei jeder Vorlage kann man sich für ein Ja oder ein Nein entscheiden. Der grosse Vorteil liegt hier bestimmt in der Anonymität. Es braucht also keinen Mut, denn man braucht niemandem zu erzählen, wie man abstimmen wird. Mut braucht es erst, wenn

man bereit ist, angesichts zu erwartender Nachteile etwas zu tun oder zu sagen, was man für richtig hält. In einem freien Land wie der Schweiz - zumindest dachte ich bis anhin, dass wir ein freies Land wären - werden Menschen angefeindet, zuerst, weil sie sich der Maskentrangepflicht entzogen, und jetzt, weil sie sich nicht impfen lassen. Von Immanuel Kant (1724-1804) stammt das berühmte Zitat: «Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt». Dabei dürfen Sie aber auf keinen Fall vergessen, dass auch die Freiheit des Gegenübers endet, wo Ihre eigene Freiheit beginnt. Verstehen Sie, was ich damit sagen will? Wenn Sie von der Person erwarten, dass sie sich impfen lässt, dann beschneiden Sie die Freiheit dieser Person. Denn diese Person ist frei zu entscheiden, ob sie die Impfung will oder nicht. Jean-Jacques Rousseau sagte einst: «Die Freiheit des Men-

schen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern, dass er nicht tun muss, was er nicht will». Nur ist es momentan leider so, dass man, um seine Grundrechte und seine Freiheit zurückzubekommen, etwas tun muss, was man vielleicht nicht will. Ich bin nicht geimpft und müsste mich nun jedes Mal testen lassen, um am öffentlichen Leben teilzuhaben. Das will ich aber nicht! Die nationale SVP hat zu Recht die NEIN-Parole zum Covid-Gesetz herausgegeben. Dieses Gesetz zwingt uns, unsere Grundrechte mittels eines Zertifikats zurückzukaufeln. Denn genau das ist es. Unsere Grundrechte sind keine Selbstverständlichkeit mehr. Wir müssen beweisen, dass wir gesund sind, um am öffentlichen Leben teilhaben zu können. «...gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht, ...»



**Maria Wegelin**  
Präsidentin SVP  
Winterthur  
Vize-Präs. Stadt-Töss-  
Mattenbach-Veltheim

**Freiheit und Demokratie wurden grossgeschrieben, wusste man doch, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht.**



### Kalender

Datum	Anlass	Ort
17. November 2021	<b>Informationsabend</b>	Meilen/Küsnacht
26. November 2021	<b>SVP-Politapéro mit Martin Hübscher</b>	Stadt Zürich - Kreis 11
10. Dezember 2021	<b>Chlausabend der SVP Winterthur</b>	Winterthur

Inserat

# PRINTIMO. MEHR ALS NUR DRUCK.



**Printimo AG**  
Frauenfeldstrasse 21a  
8404 Winterthur  
Telefon 052 262 45 85  
info@printimo.ch  
www.printimo.ch

© 2021 Printimo AG

Finden Sie weitere Informationen zu aktuellen Anlässen auf

-  [svp-winterthur.ch](http://svp-winterthur.ch)
-  [svp-bezirk-winterthur.ch](http://svp-bezirk-winterthur.ch)
-  [svp-zuerich.ch](http://svp-zuerich.ch)

## Ich bin stolz ein SVPler zu sein



Tobias Weidmann  
Kantonsrat SVP  
Kanton Zürich

### Für mich steht diese Partei für Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung.

Wie ein Bollwerk stand die Partei während der letzten 30 Jahre den Anbindungsgelüsten des Establishments entgegen. Diese SVP Grundwerte gelten jedoch nicht nur in der Aussenpolitik, sondern tangieren uns in allen Lebensbereichen. Die SVP ist die einzige Partei, die ein breites Parteiprogramm unterhält und auf allen Stufen und Bereichen Realpolitik betreibt. Gerade darum ist die SVP eine Partei der Sachpolitik.

**Daher verletzt es umso mehr, wenn der SVP vorgeworfen wird, eine polemische Nein-Sager-Partei zu sein, die nicht lösungsorientiert mitarbeiten und sich sogar destruktiv verhalten soll.**

Dieses Image versuchen die Medien seit längerer Zeit der SVP aufzudrücken. Dagegen müssen wir uns vehement wehren, weil es einfach nicht stimmt. Wir müssen die Imagebildung wieder in die eigenen Hände nehmen und zeigen, dass die SVP die Partei der Realpolitik ist und nicht das Bild widerspiegelt, das die Medien gerne von uns zeichnen. Insbesondere in diesen Zeiten ist es schade, wenn Coronapolitik Sachpolitik

überönt.

**Seit ich als Kantonsrat tätig bin, sehe ich wie die SVP tagtäglich in etlichen Kommissionen um Lösungen ringt und konstruktiv mitarbeitet.**

In unzähligen Vorstössen versucht sie Themen voranzutreiben, Kompromisse zu suchen und Realpolitik zu betreiben. Die SVP stellt in den meisten Parlamenten – national, kantonal wie kommunal – die grössten Fraktionen, was bedeutet, dass viele SVP Mandatsträger auch entsprechend viele Geschäfte, Vorstösse und Gesetze im Verhältnis zu den anderen Parteien beraten. Auch

die Initiative stellt eine Form eines konkreten und direkten Lösungsvorschlages dar. Also genau das Gegenteil von dem uns vorgeworfenen «Problembewirtschaften».

Halten wir an unserer Sachpolitik fest, indem wir uns in der Gemeinde, im Kanton und im Bund konstruktiv einbringen.

## Atommüllstreit führt zu Stromknappheit



Therese Schläpfer  
Nationalrätin SVP  
Kanton ZH

Seit dem Unglücksfall in Fukushima und dem damaligen Entscheid zum Ausstieg aus der Atomenergie, zeichnet sich ein Stromengpass ab. Kein einziges Todesopfer war aufgrund des Unfalls im Atomkraftwerke zu beklagen. Ausnahmslos alle waren Tsunami Opfer. Das dauernde Schlechtreden der Atomenergie wird uns vielleicht

schneller einholen als uns lieb ist. Ein Umdenken ist dringend notwendig. Der sogenannte «Atommüll» wird in der Schweiz überirdisch bei der Zwiilag AG gelagert. Das Volumen des hochradioaktiven Materials seit Betrieb aller AKWs der Schweiz ergeben einen relativ kleinen Würfel von etwa 20 Metern Kantenlänge – passt also in eine Turnhalle. Geplant ist, dieses Material in ein von der Nagra vorgeschlagenes Endlager unterirdisch zu bringen. Das

Weinland ist gemäss NAGRA ein möglicher Standort. Das Material strahlt noch tausende Jahre stark und muss logischerweise noch sehr viel Energie enthalten. Atommüll ist Wertstoff und erst noch kostenlos. Bei der konventionellen Kernspaltung wird weniger als 5% der im Uran enthaltenen Energie - also ein kleiner Teil der Energie - in Wärme gewandelt. Der Rest strahlt noch für lange Zeit weiter. Bei Reaktoren der

neusten Generation z.B. einen als «Atommüllfresser» bekannten Niederdruckreaktor mit nur 2bar Betriebsdruck - weniger als ein Velo Pneu – ist eine Explosion praktisch ausgeschlossen. In Russland ist ein solcher Reaktor namens BN-800 schon seit Jahren in Betrieb. CO2 freie Energie aus «Atommüll» zu produzieren und erst noch auf ein Endlager verzichten können. Hier lohnt es sich für die Schweiz zu forschen!

**Zertifikat  
nur mit  
Dauerimpfen!**

**Gefährliche  
Covid-Verschärfung** **NEIN**

covidgesetz-nein.ch

**Impfzwang  
für alle?**

**Extrem & Unnötig  
Covid-Verschärfung** **NEIN**

covidgesetz-nein.ch



## Winterthur in Schieflage - Korrekturen dringend notwendig



Romana Heuberger  
Gemeinderätin  
FDP Winterthur

**Insgesamt verliert Winterthur an Standortattraktivität für die Bevölkerung und Unternehmen. Hier möchte ich im Stadtrat Gegensteuer geben.**

### Winterthur in Schieflage – Korrekturen dringend notwendig

Früher hiess es: «Stadtluft macht frei». Heute nimmt die Bevormundung der städtischen Bevölkerung und der Wirtschaft rasant zu. Eine schleichende Verstaatlichung hat eingesetzt. Winterthur wächst zu rasch (plus 20 Prozent seit 1996). Die Verkehrsinfrastruktur ist mangelhaft. Die Verschuldung ist enorm und die Finanzen laufen aus dem Ruder. Die Stadtverwaltung wächst überproportional zur Bevölkerung weiter. Schulhäuser sollen rund 50 Prozent teurer saniert beziehungsweise vergrössert werden als bisher. Bezüglich Klimaschutz liegt erst ein teures, unpriorisiertes Sammelsurium von Grundideen vor. Insgesamt

verliert Winterthur an Standortattraktivität für die Bevölkerung und Unternehmen. Hier möchte ich im Stadtrat Gegensteuer geben.

### Freiheit, Verantwortung, Fortschritt

Ich engagiere mich für ein Winterthur der Möglichkeiten, in dem private Initiative begrüsst und grösstmöglicher Freiraum dafür gewährt wird. Für Winterthur als pionierhafte Bildungs- und Arbeitsstadt mit mehr Jobs dank besten Voraussetzungen für innovative Firmen. Für ein leistungsfähiges Gesamtverkehrsnetz. Für attraktiven, bezahlbaren Wohnraum und für ein selbstbestimmtes Leben auch im Alter. Für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung durch den effizienteren und effektiveren Einsatz der finanziellen, personellen und natürlichen Ressourcen. Für Lebensfreude

durch Sport, Kultur und Kunst. Für mehr Eigenverantwortung statt Bevormundung.

### Lösungsorientierte Macherin

Politisch hatte ich bereits diverse Behördenmandate inne. Als KMU-Unternehmerin, Geschäftsführerin verschiedener Organisationen sowie Verwaltungsrätin in einem grossen Handwerksbetrieb verfüge ich über operative und strategische Führungserfahrung. Ich kann zuhören, mich fundiert in Themen einarbeiten, zielgerichtet planen und realisieren. Meine politischen Vorstösse, mein Einsatz für den Vögelipark und Pfadi Winterthur Handball oder meine erfolgreiche Bekämpfung der Strassenbeleuchtungsgebühr sind Beispiele für mein beherztes Engagement in Winterthur, meinen Durchhalte- und Gestaltungswillen.

[www.romana-heuberger.ch](http://www.romana-heuberger.ch)

## Stadtratswahl 2022

Neben Maria Wegelin (SVP) und Thomas Wolf (SVP) kandidieren Romana Heuberger und Stefan Fritschi (FDP) für den Winterthurer Stadtrat und Mike Künzle (Mitte) wiederum als Stadtpräsident. Wir unterstützen ihre Wahl!

Inserat

**VOLAND**  
genuss | kreation | baumerfladen.ch

**Jetzt Kundengeschenke für Weihnachten bestellen!**

**Sag es mit einem Baumerfladen**

055 265 11 20 • [baumerfladen.ch](http://baumerfladen.ch) • [info@baumerfladen.ch](mailto:info@baumerfladen.ch)

**Nein** zur unsinnigen Justizinitiative

Gregor Rutz  
SVP Nationalrat  
Kanton Zürich

**Die Justiz-Initiative verlangt, dass Bundesrichter künftig via Los bestimmt werden sollen. Wer zum Losverfahren zugelassen wird, entscheidet eine unabhängige Fachkommission. So wollen die Initianten die Unabhängigkeit der Gerichte stärken. Dass gerade die demokratische Legitimation der Gerichte ein entscheidender Faktor ist und die Wahl der Richter staatspolitische Bedeutung hat, wischen sie unter den Teppich. Fazit: Die Initiative ist eine Schnapsidee und gehört klar abgelehnt.**

Gemäss der Volksinitiative «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)» sollen die Richter am Schweizerischen Bundesgericht künftig per Los bestimmt werden. So erhoffen sich die Initianten eine «unabhängigere» Justiz. Wer zum Losverfahren zugelassen wird, soll eine unabhängige Fachkommission entscheiden. Die Amtsdauer der Bundesrichter soll spätestens fünf Jahre nach dem Erreichen des ordentlichen Rentenalters enden. Die Bundesversammlung könnte die Richter nur abberufen, wenn sie Amtspflichten schwer verletzen oder die Fähigkeit, das Amt auszuüben, auf Dauer verloren haben.

**Demokratische Legitimation wichtig**

Die Initiative widerspricht allen Grundsätzen des schweizerischen Staatssystems. Erstens ist es in unserer direkten Demokratie von zentraler Bedeutung, dass die Gerichte

demokratisch legitimiert sind. Rechtsprechung ist nicht eine rein juristisch-technokratische Aufgabe: Hier geht es um die Wahrnehmung der Aufgaben der dritten Staatsgewalt neben Exekutive und Legislative. Zweitens sollen die Gerichte auch das politische Spektrum widerspiegeln. Schliesslich bringt jeder Richter, so unabhängig er auch ist, eine politische Gesinnung und unterschiedliche Lebens- und Berufserfahrung mit. Politisch einseitige Gerichte müssen vermieden werden. Darum ist es richtig, dass die Parteien ihre Richter anteilmässig nominieren. Drittens ist der Akt einer Richterwahl ein Akt von staatspolitischer Bedeutung. Dies kann nicht einfach

einer «unabhängigen Fachkommission» überlassen bzw. per Los entschieden werden. Wer trifft die wichtigsten Entscheide in seinem Leben – Hochzeit, Geschäftseröffnung, Anstellung wichtiger Mitarbeiter – via Los?

**Schweizer Richter sind unabhängig**

Die Unterstellung, politische Parteien würden indirekt Einfluss auf die Urteile nehmen, ist absurd und entbehrt jeder Grundlage. In der Schweiz gibt es keine Urteile, die aufgrund politischer Einflussnahme ergangen sind. Die Initianten konnten denn auch nie konkrete Beispiele nennen. Aus diesem Grund gibt es nur eine Antwort auf diese absurde Initiative: ein klares Nein!

**Die Initiative widerspricht allen Grundsätzen des schweizerischen Staatssystems.**

## Inserat

Seit 1972 verwaltet die **SISKA Verwaltungs AG** Liegenschaften für Private, Pensionskassen, Stiftungen und Immobilien-Gesellschaften. Wir entlasten unsere Auftraggeber auch von Steuererklärungen oder übernehmen auf Wunsch das Domizil und die Betreuung von Immobilien-Gesellschaften.

Neben der üblichen Verwaltungstätigkeit zählen Gesamt- und Teil-sanierungen von Mehrfamilienhäusern, ohne den Mietern deswegen kündigen zu müssen, zu unseren Spezialitäten. Auch energetische Verbesserungen führen wir durch und kontrollieren die Effizienz.

Eine eigene Abteilung widmet sich der Verwaltung von Stockwerkeigentum.

Weitere Informationen und Referenzen senden wir Ihnen gerne zu:

*Generelle Anfragen:*

Rainer Heuberger, rainer.heuberger@siska-verwaltung.ch

*Recht und Steuern:*

Brigitte Heuberger-Blum, b.heuberger@siska-verwaltung.ch

Auf Ihre Kontaktaufnahme freuen wir uns.

**SISKA Verwaltungs AG**

Schaffhauserstrasse 9, Postfach 2338, 8401 Winterthur

Tel. 052 260 01 00, Fax 052 260 01 99

info@siska-verwaltung.ch, www.siska-verwaltung.ch

Und für Reinigungsarbeiten in Ihrer Wohnung, in Ihrem Haus oder der Büros empfehlen wir Ihnen die Firma unseres Sohnes Alexander Heuberger, die

**Aksis Service GmbH**, Tel. 052 260 01 70, info@aksis-service.ch

**Nein zur Pflegeinitiative!**



Susanna Lisibach  
Kantonsrätin SVP  
Kanton Zürich

Am 28. November 2021 stimmen wir über die Pflegeinitiative ab. Aber um was geht es überhaupt? Die Initiative möchte den Bund und die Kantone verpflichten, dass sie stets für «eine allen zugängliche medizinische Grundversorgung von hoher Qualität» zu sorgen haben. Dazu gehören laut Initianten eine angemessene Entschädigung der Pflegeleistungen, anforderungsgerechte Arbeitsbedingungen und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten für die im Pflegebereich tätigen Personen. Doch

**Verschiedene Massnahmen zu den Forderungen der Pflegeinitiative bereits umgesetzt werden, wie beispielsweise «Förderung der Ausbildung über Ausbildungsverpflichtungen und Abgeltungen von Ausbildungsleistungen» oder Projekte des Bundes wie «Masterplan Pflege und Fortsetzung».**

ist das alles wunschgemäss umsetzbar? In der Bundesverfassung haben wir bereits den Artikel 117a, welcher die bereits oben erwähnte Forderung nach einer ausreichenden und qualitativen medizinische Grundversorgung postuliert. Die Initiative klärt jedoch nicht, wie genau die Verfassungsänderung umzusetzen ist, was wiederum viele Fragen offenlässt. Was genau verstehen die Initianten unter den «anforderungsgerechten Arbeitsbedingungen» und «den Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung»? Was für Kompetenzen hat der Bund, welche der Kanton? Diese und weitere Fragen bleiben unbeantwortet. Was wir jedoch sagen können ist, dass wenn die Verantwortung bei den Betrieben liegt, dann müssten sich diese an allfällige kantonale Vorgaben halten was unter anderem Gesetzesbestimmungen oder auch Gesamtarbeitsverträge beinhaltet. Auch ist es sicher nicht gut, wenn nur eine einzelne Berufsgruppe, in diesem Fall die Pflegefachpersonen, privilegiert wird, indem sie in die Bundesverfassung aufgenommen wird. Irritierenderweise steht im Initiativtext: «...dass eine genügende Anzahl diplomierter Pflegefachpersonen für den zunehmenden Bedarf zur Verfügung [stehen muss] ...». Mit dieser Formulierung werden andere Fachpersonen, welche auch in der Pflege tätig sind, ausgeschlossen. Sollte aber für eine «funktionierende Gesundheitsforderung von hoher Qual-

ität» nicht Fachpersonen aus unterschiedlichen Pflege- und Gesundheitsberufen zur Verfügung stehen? Ausserdem können mit Annahme der Initiative Pflegefachpersonen bestimmte Pflegeleistungen ohne Anordnung eines Arztes erbringen und so ihre Leistungen direkt zulasten der OKP abrechnen. Somit bestünde die Gefahr einer eigenständigen Kompetenzerweiterung durch die Pflegenden, was eine Steigerung der Kosten nach sich ziehen würde. Unter diesen Voraussetzungen ist es durchaus denkbar, dass sich neue Pflegeorganisationen bilden, die sich in eigener Verantwortung auf die zu definierenden Leistungen spezialisieren würden. Letztlich möchte ich erwähnen, dass verschiedene Massnahmen zu den Forderungen der Pflegeinitiative bereits umgesetzt werden, wie beispielsweise «Förderung der Ausbildung über Ausbildungsverpflichtungen und Abgeltungen von Ausbildungsleistungen» oder Projekte des Bundes wie «Masterplan Pflege und Fortsetzung». Der Wunsch, die Attraktivität des Pflegeberufs zu erhöhen, ist sicher zu unterstützen. Ideal wäre natürlich, wenn ausgebildete Pflegefachpersonen ihrem Job nicht frühzeitig wegen schlechter Arbeitsbedingungen verlassen würden. Aber es ist fraglich, ob es zielführend ist, die Pflege in der Verfassung zu verankern. Deshalb lehnen die SVP die Pflegeinitiative ab.

Inserat

**Michael Mike Künzle**  
wieder als Stadtpräsident

Stadtratswahlen  
von 13. Februar 2022

Freiheit. Solidarität.  
Verantwortung.

Die Mitte  
Stadt Winterthur

## **Nein** Missratenes Energiegesetz: Klimaschutz auf dem Buckel der Mieterschaft



Ueli Bamert  
Kantonsrat SVP  
Kanton ZH  
Vizepräsident SVP  
Stadt Zürich

**Mit dem neuen Zürcher Energiegesetz sollen Öl- und Gasheizungen verboten und stattdessen Wärmepumpen vorgeschrieben werden. Die Folgen wären verheerend: Verlust von günstigem Wohnraum und zahlreiche finanzielle Härtefälle bei älteren Hauseigentümern. Das Energiegesetz gehört abgelehnt!**

Mit dem neuen Energiegesetz soll im Kanton Zürich das im Juni abgelehnte CO<sub>2</sub>-Gesetz durch die Hintertüre nun doch noch eingeführt werden. Eine unsägliche Zwängerei. Wie das CO<sub>2</sub>-Gesetz basiert auch das Energiegesetz einzig auf Vorschriften, Verboten und Bevormundung. Öl- und Gasheizungen sollen verboten

und erneuerbare Heizungen vorgeschrieben werden, egal ob dies technisch oder finanziell Sinn macht. Die Entscheidungsfreiheit des Hauseigentümers wird maximal eingeschränkt, die Bevormundung ist total.

Das Problem an der Sache: längst nicht jedes Gebäude eignet sich für eine erneuerbare Heizung: Beim Heizungsersatz werden in vielen Fällen teure Sanierungen nötig. Zahlreiche, gerade ältere Hauseigentümer werden diese teuren Investitionen nicht stemmen können und in schwerwiegende finanzielle Schwierigkeiten geraten – im schlimmsten Fall droht gar der Zwangsverkauf des Eigenheims.

### **Auch für Mieter drohen Kündigungen**

Noch schlimmer: Viele Vermieter werden aufgrund der horren-

den Summen, die sie aufgrund des Heizungsersatzes in die Sanierung ihrer Gebäude investieren müssen, gleich eine teure Totalsanierung vornehmen, was zur Kündigung der bestehenden Mietverhältnisse führen wird. Die total sanierten Wohnungen oder Gewerbeflächen werden danach zu deutlich höheren Mietzinsen weitervermietet, die bestehenden Mieter können sich ihre Wohnung nicht mehr leisten und werden verdrängt. Gerade Familien, Senioren und Gewerbetreibende werden besonders betroffen sein. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie um ein klares Nein zum missratenen Energiegesetz am 28. November!

**Öl- und Gasheizungen sollen verboten und erneuerbare Heizungen vorgeschrieben werden, egal ob dies technisch oder finanziell Sinn macht.**

“ Wenn das neue Energiegesetz kommt, dann schreibt mir der Staat vor, wie ich mein Haus heizen soll. Ich will mich aber nicht bevormunden lassen. Darum sage ich am 28. November NEIN zum missratenen Energiegesetz im Kanton Zürich. ”



**Karl Bertschinger**  
Hauseigentümer  
mit Ölheizung

**Nein Netto Null - Null Vernunft**



Thomas Wolf  
Gemeinderat  
SVP Winterthur

Nun ist es auch in Winterthur soweit: Der Stadtrat (oder wenigstens dessen links-grüne Mehrheit) setzt sich für Netto Null 2040 ein. Das bedeutet, dass der Ausstoss von CO<sub>2</sub> und anderen Treibhausgasen bis 2040 auf null reduziert wird. Dies geschieht durch Reduktionsmassnahmen, bis die Klimabilanz der Erde nach den Abzügen durch natürliches und künstliches Senken Null beträgt. Basis ist die Temperatur der vorindustriellen Zeit plus max. 1,5 Grad! Wohlgermerkt bei einer nahezu verdoppelten Weltbevölkerung. Erreicht werden soll das alles durch Verbote, Zwang und modernen Zertifikats-Ablasshandel.

Schon das Ziel NN bis 2050 ist ambitioniert, 2040 scheint der neue Kompromiss zu sein. Das kommt daher, dass die demonstrierende Klimajugend, welche von einer funktionierenden Wirtschaft, sicheren Arbeitsplätzen, einer geregelten Energieversorgung und technischem Fortschritt keine Ahnung hat sich die Einführung von NN bis 2030 zum Ziel gesetzt hat.

Da die roten und grünen Politiker ihren Klienten bei den letzten Wahlen alles Mögliche versprochen haben, sind sie jetzt natürlich unter Druck und müssen den Grossen Worten Taten folgen lassen. Die Rezepte dazu sind einfach: Beschränkungen des MIV, Fahrverbote, und die Förderung der Elektromobilität. Jahrelang wurde uns Stromsparen als Motto eingetrichtert. Das scheint jetzt nicht mehr so wichtig zu sein: Der zu erwartende Verbrauch durch Elektroautos und Wärmepumpen wird enorm sein.

Deshalb werden zusätzlich lückenlose Velowegnetze, sichere Fusswege und ein ausgebauten ÖV-Netz (elektrisch!) geplant.

Ein Teil der benötigten Energie soll mittels Photovoltaik beschafft werden. Der Stadtrat will bis in 3 Jahren 100 zusätzliche PV-Anlagen auf städtischen Dächern installieren. Zudem sollen auch die entsprechenden Anreize an die Bevölkerung geschaffen werden, um Anlagen zu installieren. Dumm ist nur, dass dieselben Kreise unter dem Deckmantel des Denkmalschutzes genau die Installation der Anlagen verbieten. Auch die fossilen Feuerungen sollen bis 2035 um rund 80 % vermindert werden. Der Ersatz dafür soll aus Wärmeverbänden kommen. Ein Einsatz der CO<sub>2</sub>-freundlichen Kernenergie wird

nirgends erwähnt, lieber werden gewaltige Versorgungslücken in Kauf genommen.

Weil dies vermutlich alles nicht reichen wird, geht es auch dem privaten Konsum an den Krallen: Ein zusätzlicher Fokus soll auf klimaschonende Ernährung gesetzt werden. Vermutlich bedeutet das übersetzt eine Verteufelung des Koteletts und ein Klimazertifikat für den Cervelat. Die Kosten für das alles sind schöngerechnet rund 6 Mio CHF im Jahr, fast 2 zusätzliche Steuerprozente. Wenn man bedenkt, dass die ganze Schweiz 1 % der Emissionen erzeugt, ist der städtische Anteil daran im Promillebereich. Nachdem das Schweizer Volk das CO<sub>2</sub>-Gesetz versenkt hat, ist nun die Winterthurer Bevölkerung aufgefordert, am 28. November ein «Nein» in die Urne zu legen.

**Da die roten und grünen Politiker ihren Klienten bei den letzten Wahlen alles Mögliche versprochen haben, sind sie jetzt natürlich unter Druck und müssen den Grossen Worten Taten folgen lassen.**

Inserat

**COMES**

Ihr Vertrauenspartner für  
**Treuhand**  
**Vermögensberatung**  
**Versicherungsfragen**

Postfach 1659  
Bankstrasse 8  
8401 Winterthur  
Tel. 052 222 33 20  
Fax 052 222 33 28  
E-Mail: [comes@comes.org](mailto:comes@comes.org)  
Website: [www.comes.org](http://www.comes.org)

## Matthias Bollmann direkt



Alter:	24
Zivilstand:	ledig
Kinder:	keine
Augen:	blau
Haare:	dunkelbraun
Grösse:	1.78m
Beruf:	Zimmermann Vorarbeiter
Erstes Geld:	Kleine Jobs in der Nachbarschaft
Liebingsgetränk:	Lori's Mate
Liebingsessen:	Alles mit Wild
Liebingsmusik:	Rock
Funktionen in der Partei:	Vorstandsmitglied SVP Wülflingen und Gemeinderat Winterthur
Hobbies:	Turnverein, Wandern, Bouldern, Schwimmen

### Lieber Matthias, Was sind deine Ziele für die SVP?

Ich habe das Ziel mit meinem aktiven Mitwirken als Vorstandsmitglied und meinem Sitz im Grossen Gemeinderat Winterthur die Partei auch der grossen Mehrheit der jungen Bevölkerung näher zu bringen und auch zu zeigen, dass man auch als Junger in der Partei etwas ändern kann.

### Wie bist du zur SVP gestossen?

Ich war schon sehr früh an Politik interessiert, durch Freunde der Familie hatte ich schon einen starken Bezug zur SVP. So setzte ich mich vermehrt mit der Partei auseinander und entschied mich SVP-Mitglied zu werden.

### Welches sind deine politischen Schwerpunkte?

Ein gut funktionierendes Verkehrssystem für alle Teilnehmer, ein sicheres und lebenswürdiges Winterthur, sowie eine vernünftiger und umsetzbarer lokaler Umweltschutz in Winterthur.

### Wo und wie bist du aufgewachsen?

Seit meiner Geburt lebe ich in Wülflingen, in dieser Zeit bin ich bis jetzt 2 mal ortsintern umge-

zogen. Ich wuchs in einem Einfamilienhaus mit meinen Eltern und meiner älteren Schwester auf. Durch den grossen Garten, den es rund um das Haus gibt, wuchs ich mit starkem Bezug zur Natur auf und verwirklichte diese auch in der Cevi.

### Wie verbringst du deine Freizeit?

Ich bin Mitglied des Turnvereins Wülflingen. Am Wochenende oder in den Ferien gehe ich in die Berge wandern und fotografiere gerne. Unter der Woche gehe ich auch gerne Bouldern. Im Sommer trifft man mich oft in der Nähe des Wassers, ob See oder Fluss ist egal. Ich verbringe meine Freizeit bei schönem und warmen Wetter sehr gerne am und im Wasser.

### Wie siehst du die SVP in der Zukunft?

Ich sehe die SVP unter grossem Druck von der links/grüner Politik, die vor allem in den Grossstädten massiv wächst. Genau dort muss die SVP mehr Zustimmung erhalten. Dazu sollten die politischen Schwerpunkte der SVP angepasst werden, dass eine Mehrheit der jüngeren in der Bevölkerung sich angesprochen fühlt. Darin sehe ich die grössten Chancen, den Druck von Links zu schwächen.

Inserat

**PETERLI UMZÜGE**  
sit 1947

**ENTSPANNEN SIE SICH.  
WIR KÜMMERN UNS UM  
DEN REST.**

Harzachstrasse 5 | 8404 Winterthur | [www.peterli.ch](http://www.peterli.ch)  
Eine Dienstleistung der Optimo Group

## Parolen

28. November 2021

### Eidgenössisch

Covid-19-Gesetz

Nein

Justiz-Initiative

Nein

Pflegeinitiative

Nein

### Kantonal

Energiegesetz

Nein

### Städtisch

Netto-Null

Nein

## Sturm auf das Bundeshaus?



Felix Lisibach  
Redaktor  
SVPdirekt

Die Bilder in Washington D.C. vom Januar 2021 werden uns wohl noch lange beschäftigen. Der selbsternannte Olymp der Demokratie durchlebte ein historisches und ebenso tragisches Ereignis, welches darüber hinaus durch den eigenen Präsidenten ausgelöst worden ist. Die Rede ist natürlich vom Sturm auf das Kapitol in der US-amerikanischen Hauptstadt Washington D.C durch Anhänger des Präsidenten Donald Trump. Rund 800 Personen gelang es das Kapitol zu betreten und die laufenden Parlamentsdebatten zu unterbrechen, wobei fünf Personen ihr Leben verloren sowie Dutzende verletzt wurden. Das Ziel der Demonstranten war die formelle Wahlklärung des Trumpschen Kontrahenten Joe Biden zu verhindern. Besonders prekär bei diesem Ziel ist, dass es sich hierbei um die Ablehnung eines demokratischen Entscheides handelte. Weltweit erhielt dieses Ereignis massive mediale Aufmerksamkeit und die Grundsätze einer Demokratie wurden in Frage gestellt. Weit weniger Aufmerk-

samkeit – zumindest auf internationalem Parkett – erhielt die Demonstration vor dem Bundeshaus im September dieses Jahres. Dennoch betitelten viele diese Demonstration als Sturm auf das Bundeshaus. Ist dies vielleicht zu weit hergeholt? Ich befürchte, dass es tatsächlich nicht zu weit hergeholt ist. Seitdem die Coronakrise unseren Alltag dominiert und uns die damit einhergehenden Regierungsmassnahmen teilweise massiv einschränken oder eingeschränkt haben, erlebt die Schweizer Politik eine selten dagewesene Aggressivität. Unsere Staatsinstitutionen – welche uns stets erfolgreich durch alle Krisen getragen haben – werden zunehmend in Frage gestellt. Dies charakterisiert sich jedoch nicht nur durch schärfere und lautere Debatten zwischen Mandatsträgern, sondern leider auch durch eine Häufung von Drohungen und Angriffen auf ebenjene durch die Bevölkerung. Diese Zustände beunruhigen mich massiv, denn Gewaltanwendung für die Durchsetzung eines Willens ist schlicht und ergreifend fehl am Platz in unserer Demokratie. Derzeit ist es jedoch leider so, dass die Corona-Massnahmen in meinen

Augen als Mittel zum Zweck von einer kleiner äussert gewaltbereiten Gruppe von Menschen missbraucht werden, wobei unsere Demokratie starken Schaden nimmt. Auf keinen Fall dürfen jedoch Massnahme-Kritiker den Krawallmachern auf dem Bundesplatz gleichgestellt werden! Nichtsdestotrotz muss dieses ununterbrochene Rebellieren gestoppt werden, denn es darf nicht sein, dass sich die Bilder, die uns aus dem US-Kapitol erreicht haben, in Bern wiederholen. Ich bin überzeugt davon, dass die Schweizer Demokratie dem Idealbild einer Demokratie sehr nahekommt. In kaum einem anderen Land verfügen die Bürger über so viel Mitbestimmungsmöglichkeiten wie hier. Ausserdem, und dies möchte ich an diesem Punkt erwähnt haben, habe ich volles Vertrauen in unsere Politiker und ich bin überzeugt, dass diese sich nach wie vor durch echte Volksnähe und Empathie auszeichnen. Selbstverständlich muss man kritisch bleiben. Echte Kritik – und diese darf und muss man äussern - soll sich jedoch in Sachlichkeit und Konstruktivität auszeichnen. Nur so kommen wir weiter. Tragen wir doch unserem Land Sorge.



[www.svp-winterthur.ch](http://www.svp-winterthur.ch)  
[direkt@svp-winterthur.ch](mailto:direkt@svp-winterthur.ch)

Blick von Wülflingen nach Winterthur  
Bild von Robert Winkler